

## 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: <b>AWO Wohnen &amp; Pflegen Weser-Ems GmbH, Altenwohnzentrum Norden, Schulstraße 71, 26506 Norden</b>		
Sitzungsdatum: <b>21.05.2014</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>17:05 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Biller, Anita	SPD	
Carow, Johanne	FW	
Dirks, Friederike	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Ihnen, Hermann	SPD	
Kleen, Barbara	SPD	
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Weilage, Udo	CDU	Vertretung für Roelf Odens
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Borm, Hans-Joachim		
Hülsebus, Dieter		
Tobiassen, Bernd		
<b>Verwaltung</b>		
Christoffers, Dieter		Leiter des Sozialamtes

Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Müller, Michael	Protokollführer

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Odens, Roelf                      CDU

**Grundmandat**

Seelgen, Blanka                      DIE LINKE.

**Beratende Mitglieder**

Cordes, Andrea

Pieschke, Bärbel

**Verwaltung**

Seemann, Volker

Heeren, Eimo Dr.	Leiter des Amtes für Gesundheitswesen
Müller-Gummels, Rainer	Pressesprecher
Schäfer, Marcel	Protokollführer

**Tagesordnung**

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2014 - öffentlicher Teil -
5. Bericht von Herrn Eike Zabel über die Hospizarbeit in Aurich
6. Bericht des Amtsarztes über die Situation der Drogenabhängigen
7. Sachstandsbericht über die ärztliche Versorgung der Migrantinnen und Migranten
8. Landkreis-Card - Sachstandsbericht aus der informellen Arbeitsgruppe
9. Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber
10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

**TOP 1**            **Eröffnung der Sitzung**

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie der Presse.

Sodann erteilte sie **Herrn Bernhard Kleinhaus**, Heimleiter des Altenwohnzentrums Norden, das Wort, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenfalls begrüßte. Er erklärte, dass sich die Einrichtung derzeit in einer Umbauphase befindet. Sämtliche Bereiche der Einrichtung wurden dabei vollständig saniert. Zum 31.07.2014 werden die Baumaßnahmen abgeschlossen sein, so dass das Altenwohnzentrum Norden ab diesem Zeitpunkt 196 Plätze, 136 Einzelzimmer und 30 Doppelzimmer mit jeweils eigener Nasszelle anbieten kann. Neu geschaffen wurde auch eine Übernachtungsmöglichkeit für nahe Angehörige, die in den letzten Lebenstagen nahe bei ihren Angehörigen sein möchten.

**Herr Kleinhaus** machte noch weitere Ausführungen zu den Bewohnerstrukturen. Hier führte er insbesondere aus, dass die Verweildauer der Bewohnerinnen und Bewohner durchschnittlich 2 bis 3 Jahre betrage und die meisten sich in der Pflegestufe II befinden. Die Einrichtung habe aktuell 150 Beschäftigte und 16 Personen, die sich in der Ausbildung zur Pflegefachkraft befinden.

Abschließend berichtete **Herr Kleinhaus** noch von einem Projekt mit einer holländischen Nachbarregion, in dem es unter anderem darum gehe, holländische Fachkräfte für die hiesige Region zu gewinnen. Dabei erklärte er, dass das Groninger Platt dem Ostfriesischen Platt ähnlich sei und insoweit Sprachbarrieren nicht so hoch seien wie bei anderen ausländischen Pflegefachkräften.

Nach diesem Grußwort und den Erklärungen bedankte sich die **Vorsitzende Kleinert** bei Herrn Kleinhaus.

---

**TOP 2**            **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

---

**TOP 3**            **Feststellung der Tagesordnung**

Die **Vorsitzende Kleinert** wies zunächst darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 6 und 7 nicht behandelt werden können, da Leitender Medizinaldirektor Dr. Heeren wegen einer Katastrophenübung, deren Teilnahme verpflichtend sei, ortsabwesend ist.

Sodann lies **Vorsitzende Kleinert** über die Feststellung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung abstimmen.

**Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurde einstimmig festgestellt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 0  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

–

**TOP 4      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.03.2014 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift vom 27.03.2014 - öffentlicher Teil - wurde einstimmig, bei vier Enthaltungen wegen Nichtteilnahme, genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9      Nein-Stimmen: 0      Enthaltungen: 4  
➔ **einstimmig beschlossen**

---

–

**TOP 5      Bericht von Herrn Eike Zabel über die Hospizarbeit in Aurich**

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte Herrn Zabel vom Verein Hospiz Aurich e. V. vor und erteilt ihm das Wort.

**Herr Zabel** bedankte sich zunächst dafür, den Verein Hospiz Aurich e. V. im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vorstellen zu dürfen. Die Aufgabe des Vereines sei, das Kranksein und Sterben in Würde zu sichern.

Er erklärte weiter, dass der Vorstand des Vereines aus folgenden Personen bestehe: Erster Vorsitzender Eike Zabel, zweiter Vorsitzender Dr. Max Freyland, Schatzmeister Horst Nolte und Schriftführerin Frauke Meinders.

Der Verein befinde sich in der Mühlenwallstraße 22 in Aurich. Er beschäftige aktuell zwei Festangestellte und eine ehrenamtliche Koordinatorin. Daneben gäbe es dann eine große Zahl an Hospizbegleiterinnen und Hospizbegleitern, die intensiv ausgebildet wurden und regelmäßig an den Gruppentreffen, Fortbildungen und der Supervision teilnehmen.



Zweck des Vereines sei die Begleitung von Menschen in der letzten Lebensphase und deren Angehörigen. Diese Begleitung finde zu Hause, aber auch im Pflegeheim oder im Krankenhaus statt.

Ziel der Begleitung sei die Wahrung der Würde des Menschen in seiner letzten Lebensphase, die Verwirklichung von Möglichkeiten des menschenwürdigen Sterbens, die Verhinderung von ungewollter Isolierung und Trauerbegleitung.

Wichtige Bereiche des Vereines sind die Lebensbegleitung, die Kinderhospizarbeit, das Trauercafé und Trauerberatung.

Im Weiteren erklärte **Herr Zabel** den Weg, wie jemand Hospizbegleiterin oder Hospizbegleiter werden kann. Er wies darauf hin, dass die Gebühr der hierzu erforderlichen Ausbildung 180,00 € beträgt. Diesen Betrag müssen die ehrenamtlichen Begleiterinnen und Begleiter selbst aufbringen.

Abschließend berichtete **Herr Zabel** von den Planungen des Vereines, in Aurich das Angebot eines Tageshospizes einzurichten.

Der **Abgeordnete Forster** wies Herrn Zabel darauf hin, dass der Landkreis Aurich einen Fonds für ehrenamtliche Arbeit eingerichtet habe. Da nach seiner Ansicht überwiegend Ehrenamtliche als Hospizbegleiterinnen und Hospizbegleiter tätig seien, sei über diesen Fonds gegebenenfalls die Übernahme der Aus-/Fortbildungsgebühren möglich.

**Abgeordneter Weilage** erkundigte sich, ob der Verein auch Aus-/Fortbildungsgebühren übernehme. Hierzu führte **Herr Zabel** aus, dass der Verein bislang nur in einem Fall die Kursgebühren übernommen habe.

**Vorsitzende Kleinert** hob noch einmal die Wichtigkeit dieser Arbeit hervor und schloss den Tagesordnungspunkt mit Dank an Herrn Zabel für dessen Vortrag.

---

–

**TOP 6**            **Bericht des Amtsarztes über die Situation der Drogenabhängigen**

Entfallen.

---

–

**TOP 7**            **Sachstandsbericht über die ärztliche Versorgung der Migrantinnen und Migranten**

Entfallen.

**TOP 8**      **Landkreis-Card - Sachstandsbericht aus der informellen Arbeitsgruppe**

Die **Vorsitzende Kleinert** erteilte dem Abgeordneten Forster das Wort.

**Abgeordneter Forster** berichtete zunächst über den Stand der Arbeit der informellen Arbeitsgruppe zur Einführung einer Landkreis-Card für sozial schwache Personen. Er erläuterte, dass in der Sitzung vom 16.12.2013 eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet wurde, um Kriterien für eine Landkreis-Card zu definieren. Er wies darauf hin, dass ein erstes Treffen vor einem Monat stattgefunden habe und dabei ganz unterschiedliche Ansichten der Fraktionen über die Notwendigkeit einer Landkreis-Card festzustellen waren.

Weiter wies er darauf hin, dass in der heutigen Sitzung eine Entscheidung darüber getroffen werden müsse, ob die Arbeit dieser Arbeitsgruppe fortgeführt werden soll.

Laut **Abgeordneten Forster** müsste jetzt eine Beteiligung der Kommunen erfolgen, damit dort in den Räten über eine entsprechende Einführung diskutiert und beraten werden könne. Er betonte, dass durch die Landkreis-Card keine Nutzung von kommerziell orientierten Unternehmen ermöglicht werden solle, sondern es gehe lediglich um eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben.

**Abgeordnete Albers** bestätigte für ihre Fraktion, dass die Arbeit der Arbeitsgruppe fortgeführt werden sollte. **Abgeordneter Sievers** schlug vor, dass das Angebot der Landkreis-Card weiter ausgearbeitet werden sollte. Er hielt die Einholung der politischen Meinung der kommunalen Räte ebenfalls für notwendig.

**Abgeordneter Frerichs** lehnte für seine Fraktion eine solche Einführung im Hinblick auf die Haushaltslage des Landkreises Aurich ab. Er verwies hierbei auch auf die Meinung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden, Samtgemeinden und Städte hin. Diese haben auf eine Anfrage, in Sorge über eine mögliche finanzielle Belastung die Einführung abgelehnt.

**Abgeordnete Altmann** entgegnete, dass das einzige Argument der CDU-Fraktion der finanzielle Aspekt sei. Sie verwies darauf, dass es lediglich um einen niedrigen Standard an Leistungen zur Teilhabe am kulturellen Leben gehe. Mit einer grundsätzlichen Ablehnung einer Landkreis-Card, bereits zu diesem Zeitpunkt, würde den Kommunen die Möglichkeit zur eigenen Willensbildung genommen. Sie sprach sich dafür aus, in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine diesbezügliche Richtlinie zu erlassen.

**Abgeordnete Dirks** bezog sich auf die eingeholte Meinung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten und sah die



Gefahr in nicht abschätzbaren Kosten für den Landkreis Aurich. Sie stellte auch die Frage, wie weit „sozial“ gehen müsse und gab dabei zu bedenken, dass auch Geringverdiener finanzielle Schwierigkeiten hätten, am kulturellen Leben teilzuhaben.

**Abgeordneter Forster** merkte hier an, dass eine Klärung des anspruchsberechtigten Personenkreises auch zu den weiteren Aufgaben gehören müsse. Seiner Meinung nach ist nicht die Meinung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten entscheidend, sondern vielmehr die der politischen Gremien, die jetzt einzuholen sei.

**Abgeordneter Weilage** betonte, dass die Meinung seiner Fraktion zu diesem Thema feststehe. **Abgeordnete Altmann** wies darauf hin, dass es zum jetzigen Zeitpunkt um ein politisches Signal gehe, die inhaltliche Ausgestaltung der Landkreis-Card müsse später diskutiert werden.

**Abgeordneter Sell** hielt die Anhörung der politischen Gremien der Kommunen für wichtig. **Abgeordneter Sievers** mahnte, dass die soziale Ausrichtung dieses Ausschusses nicht durch finanzielle Gesichtspunkte beeinflusst werden darf.

Sodann gab **Vorsitzende Kleinert** zur Abstimmung, ob die Arbeit der Arbeitsgruppe eingestellt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 3      Nein-Stimmen: 10      Enthaltungen: 0  
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

**Vorsitzende Kleinert** stellte die Fortführung der Arbeitsgruppe fest. Zudem wurde auch die Legitimation der Arbeitsgruppe festgestellt. Als wesentliche Aufgabe sah sie, zunächst ein Meinungsbild der politischen Gremien der Kommunen einzuholen.

–

## TOP 9      Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber

**KOAR Christoffers** erläuterte, dass seit August 2013 sehr viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Landkreis Aurich aufgenommen wurden. Zu Beginn des Kalenderjahres 2014 wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mitgeteilt, dass für dieses Jahr insgesamt 301 Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufgenommen werden müssten. Bis heute wurden bereits 246 Personen aufgenommen, so dass für das restliche Jahr nur noch 55 Personen aufgenommen werden müssten.

Er erklärte weiter, dass im Vergleich zum Vorjahr (1. Quartal 2013) im 1. Quartal 2014 75 % mehr Asylanträge gestellt wurden. Aus diesem Grund sei zu erwarten, dass die Aufnahmequote von Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach oben korrigiert würde.

**Flüchtlingsberater Tobiassen** ergänzte, dass die Aufnahme der Personen gut funktioniere. Er sei froh, dass bereits zu diesem Zeitpunkt schon eine große Zahl an Personen aufgenommen werden konnte. Damit könnte der zu erwartenden Änderung der Aufnahmequote zumindest etwas entspannter entgegen gesehen werden. Er wies ferner auf die gute Annahme der Angebote für diesen Personenkreis hin.

**Abgeordnete Albers** erkundigte sich danach, ob bereits eine halbe Stelle für die Beratung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingerichtet worden sei. **Flüchtlingsberater Tobiassen** erklärte hierzu, dass die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe mit einer vollen Stelle besetzt werden soll. An dieser vollen Stelle beteiligt sich das Land Niedersachsen mit der Hälfte. Aktuell erfolge die Stellenbesetzung.

**Abgeordnete Albers** fragte nach, ob bereits Abschiebungen erfolgt seien. **Flüchtlingsberater Tobiassen** berichtete von 2 oder 3 Fällen, die wegen des Dubliner Übereinkommens in das Land, in dem der erste Asylantrag gestellt wurde, rücküberstellt wurden. Das Dubliner Übereinkommen sehe vor, dass das Asylverfahren dort durchgeführt wird, wo der erste Asylantrag gestellt wurde. Viele weitere Asylbewerberinnen und Asylbewerber hätten ebenfalls einen entsprechenden Rücküberstellungsbescheid bekommen. **Abgeordnete Altmann** betonte, dass auch eine Rücküberstellung eine Abschiebung sei. **Flüchtlingsberater Tobiassen** ergänzte, dass es kaum rechtliche Möglichkeiten gegen diese Rücküberstellung gäbe.

**Vorsitzende Kleinert** hält das Thema der Rücküberstellung/Abschiebung für sehr wichtig. Sie schloss diesen Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis darauf, dass dieses Thema in der kommenden Sitzung des Runden Tisches für Migrationsfragen ausführlicher erörtert werden sollte.

---

—

**TOP 10**      **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

**Abgeordnete Albers** verwies auf die Sitzung vom 27.03.2014. Dort hatte ihre Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, den Tagesordnungspunkt „Sachstandsbericht über die Festsetzung der angemessenen Kosten der Unterkunft“ im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Sie hoffe, dass dieser Tagesordnungspunkt in der kommenden Sitzung auf der Tagesordnung im öffentlichen Teil stehe.

**Abgeordnete Albers** wies darauf hin, dass sie in der Sitzung vom 27.03.2014 einen Bericht über die Umsetzung von geschlechtergerechter Personalentwicklung sowie eine Information darüber, was im Rahmen familienfreundlicher Arbeitsbedingungen bislang erreicht wurde, erbeten habe.

**Frau Jelden** erklärte hierzu, dass ein Bericht im Personalausschuss erfolgt sei. **Abgeordnete Albers** wies darauf hin, dass dieser Ausschuss aber nicht öffentlich sei.

**Abgeordnete Albers** forderte weiter eine Information über das Gender-Budgeting. Zudem wünschte sie einen Bericht über den jugend- und sozialpsychiatrischen Plan.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

---

**TOP 11**      **Schließung der Sitzung**

**Vorsitzende Kleinert** schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:37 Uhr.

Abgeordnete Biller verließ die Sitzung.

---

---

Vorsitzende

---

Protokollführer